

986. Sitzung des Bundesrates am 13. März 2020: Die wichtigsten Ergebnisse

Der Bundesrat hat in seiner 986. Sitzung am 13. März 2020, 53 Tagesordnungspunkte behandelt. Hamburg war durch Senatorin Dr. Stapelfeldt, Senator Dr. Steffen und Staatsrätin Möller vertreten.

Zum Ergebnis der Sitzung wird folgendes mitgeteilt:

A. Gesetzesbeschlüsse des Bundestages

TOP 2 Gesetz für einen fairen Kassenwettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung (Fairer-Kassenwettbewerb-Gesetz** - GKV-FKG)**

Die wesentlichen Ziele des nicht zustimmungspflichtigen Gesetzes umfassen eine Neustrukturierung des Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) und die Stärkung eines fairen Wettbewerbs zwischen den einzelnen Kassen. Die bisherige Begrenzung des Morbi-RSA auf 50 bis 80 Krankheiten soll aufgehoben werden. Stattdessen berücksichtigt künftig ein sogenanntes Vollmodell das gesamte Krankheitsspektrum. Künftige finanzielle Belastungen für einzelne Krankenkassen aufgrund von Hochkostenfälle soll ein Risikopool mindern. Neu geregelt wird an einigen Stellen die Praxis der Morbi-RSA-Zuweisungen. So soll das Kriterium Erwerbsminderung nicht mehr als Risikomerkmale in den RSA einbezogen werden. Präventive Maßnahmen werden mit einer „Vorsorge-Pauschale“ gefördert. Die Einführung einer Regionalkomponente soll die unterschiedliche Ausgabenstruktur in einzelnen Regionen auffangen. Darüber hinaus wird der Verwaltungsrat des GKV Spitzenverbandes neu aufgestellt und eine Geschlechterquote eingeführt. Die Beteiligung der hauptamtlichen Vorstände der gesetzlichen Krankenkassen wird durch die Einrichtung eines Lenkungs- und Koordinierungsausschusses gestärkt. Des Weiteren wurden Regelungen zur Bekämpfung von Lieferengpässen bei Arzneimitteln in das Gesetz aufgenommen. Künftig sollen Listen zu versorgungsrelevanten und –kritischen Wirkstoffen erstellt und veröffentlicht werden, verbunden mit der Verpflichtung für Großhändler und pharmazeutische Unternehmer, dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte regelmäßig Daten zu verfügbaren Beständen, Absatzmengen und drohenden Lieferengpässen zu melden.

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor. Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs eine begleitende Entschließung gefasst. Darin begrüßt er unter anderem die Regelungen zu Lieferengpässen bei Medikamenten. Er bedauert, dass seine Bitte abgelehnt wurde, die Merkmale der Regionalkomponente im Morbi-RSA auch unter Einbindung der Länder, die die Verantwortung für die regionale Gesundheitsversorgung innehaben, festzulegen. Die Bundesregierung wird zudem gebeten, darauf hinzuwirken, dass die Maßstäbe der Vertrags- und der RSA-Prüfung nicht auseinanderfallen. Nach Auffassung des Bundesrates ist die Regelung zur RSA-Prüfung zu streichen, stattdessen sollte eine von den Vertragspartnern im Vorwege selbst veranlasste Überprüfung möglich sein.

TOP 3 Viertes Gesetz zur Änderung des **Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes**

Ziel des zustimmungspflichtigen Gesetzes ist der Abbau finanzieller Hürden für den beruflichen Aufstieg, die Verbesserung des Unterhaltszuschusses für Aufstiegsfortbildungen sowie eine Erhöhung der Familienfreundlichkeit. Unter anderem soll das Höchstalter für die Berücksichtigung von betreuungsbedürftigen Kindern beim Kinderbetreuungszuschlag, der Förderungshöchstdauer und der Stundungs- und Darlehensermäßigungen aus sozialen Gründen von zehn Jahren auf 14 Jahre und der Kinderbetreuungszuschlag für Alleinerziehende von 130 Euro auf 150 Euro angehoben werden. Neben der Anhebung des Zuschussanteils für die Erstellung der fachpraktischen Arbeit in der Meisterprüfung des Handwerks und vergleichbaren Arbeiten in anderen Wirtschaftsbereichen soll auch der Darlehenserlass bei Bestehen der Prüfung von 40 Prozent auf 50 Prozent erhöht werden.

Der Bundesrat hat dem Gesetz mit den Stimmen Hamburgs zugestimmt.

TOP 4 Gesetz zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 26. März 2019 zum **Ausschluss der Stiefkindadoption in nichtehelichen Familien**

Mit dem nicht zustimmungsbedürftigen Gesetzentwurf wird in Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die Stiefkindadoption durch eine Person zugelassen, die mit dem Elternteil in einer verfestigten Lebensgemeinschaft lebt. Diese liegt nach dem Gesetzentwurf vor, wenn die betroffenen Personen seit mindestens vier Jahren oder als Eltern eines gemeinschaftlichen Kindes mit diesem eheähnlich zusammenleben. Diese Änderungen des materiellen Rechts ziehen auch Anpassungen im Internationalen Privatrecht nach sich.

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses liegt nicht vor.

TOP 5 Gesetz zur Verlängerung und Verbesserung der Regelungen über die **zulässige Miethöhe bei Mietbeginn**

Mit dem nicht zustimmungspflichtigen Gesetzentwurf soll zum einen die Mietpreisbremse bis zum 31.12.2025 verlängert werden. Zum anderen soll der Anspruch des Mieters gegen den Vermieter auf Rückzahlung zu viel gezahlter Miete wegen Überschreitens der zulässigen Miete bei Mietbeginn erweitert werden. Der Mieter soll die gesamte ab Beginn des Mietverhältnisses zu viel gezahlte Miete zurückfordern können, wenn er den Verstoß gegen die Mietpreisbremse in den ersten 30 Monaten nach Beginn des Mietverhältnisses rügt. Bei Rüge nach Ablauf von 30 Monaten soll der Mieter einen Anspruch auf Rückzahlung der zu viel gezahlten Miete weiterhin nur bezüglich der nach Zugang der Rüge fällig gewordenen überzahlten Miete haben.

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses liegt nicht vor.

TOP 53 Gesetz zur **befristeten krisenbedingten Verbesserung** der Regelungen für das **Kurzarbeitergeld**

Um den zunehmenden Auswirkungen des Corona-Virus auf dem Arbeitsmarkt begegnen zu können, werden mit dem nicht zustimmungspflichtigen Gesetzentwurf bis 2021 befristete Verordnungsermächtigungen im SGB III und im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz geschaffen, um die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld umsetzen zu können. Diese Regelungen waren ursprünglich im Gesetzentwurf des sog. „Arbeit-von-morgen-Gesetz“ enthalten und wurden wegen der Corona-Krise in einen eigenen Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen übernommen (**siehe TOP 51**). Mit der vorgesehenen zeitlich befristeten Verordnung soll das notwendige Quorum der im Betrieb Beschäftigten, die vom Arbeitsausfall betroffen sein müssen, auf bis zu 10 Prozent (statt dem bisher vorgesehenen 1/3 der Beschäftigten) abgesenkt, auf den Aufbau negativer Arbeitszeitsalden verzichtet, Kurzarbeitergeldbezug auch für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ermöglicht und die Sozialversicherungsbeiträge von der Bundesagentur für Arbeit teilweise oder vollständig erstattet werden können. Die zugrunde liegende Verordnung soll zunächst bis Ende 2020 befristet werden.

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

B. Initiativen der Länder

TOP 8 Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung der **Insolvenzordnung**

Nach der Insolvenzordnung werden die Vergütung sowie die zu erstattenden Auslagen des Insolvenzverwalters durch Beschluss des Insolvenzgerichts festgesetzt. Dieser Beschluss ist öffentlich bekanntzumachen. Hamburg und Thüringen beabsichtigen mit dem Gesetzesantrag eine Neufassung dieser Regelung. Es soll klargestellt werden, dass grundsätzlich die Bekanntmachung des vollständigen Beschlusses zu erfolgen hat, diese also insbesondere den Beschlusstenor (mit Ausnahme des festgesetzten Betrages) sowie die Beschlussgründe umfassen muss, soweit schützenswerte Interessen bestimmter Beteiligter nicht ausnahmsweise eine nur auszugsweise Veröffentlichung der Beschlussgründe gebieten.

Der Bundesrat hat den Gesetzentwurf mit den Stimmen Hamburgs in den Deutschen Bundestag eingebracht.

TOP 17 Entschließung des Bundesrates: "**Effektivierung von Auskunftserteilungen durch ausländische Anbieter sozialer Netzwerke**"

Mit der Entschließung setzen sich Hamburg, Bremen und Bayern dafür ein, Hasskriminalität im Internet besser zu verfolgen. Durch eine Statuierung des Marktortprinzips soll dafür Sorge getragen werden, dass die jeweiligen Anbieter von Telemediendiensten sich bei der Erfüllung von Auskunftspflichten gegenüber den Strafverfolgungsbehörden nicht mehr darauf berufen können, dass die abgefragten Daten im Ausland gespeichert sind. Außerdem soll die Bundesregierung sich auf europäischer Ebene für einen grenzüberschreitenden Zugang zu elektronischen Beweismitteln in Strafsachen einsetzen.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs die Entschließung gefasst.

TOP 18 EntschlieÙung des Bundesrates: "Pauschalreisen effektiv absichern - Verbesserung des **Insolvenzschutzes im Pauschalreiserecht**"

Mit der EntschlieÙung setzen sich Hamburg und Bremen dafür ein, die Absicherung von Kundengeldern, die an die Pauschalreiseveranstalter im Voraus gezahlt werden, im Insolvenzfall effektiver gegen Verluste zu schützen. Die Pleite des Pauschalreiseveranstalters Thomas Cook habe gezeigt, dass die derzeitige Höchstsumme von 110 Millionen Euro pro Geschäftsjahr für die Absicherung einer Insolvenz nicht ausreiche. Um effektiveren Schutz zu gewährleisten, komme eine Umstellung der Insolvenzsicherung von der fixen Maximalsumme für den Versicherer auf eine an den Vorauszahlungen der Reisenden orientierten Versicherung für den einzelnen Veranstalter in Betracht. Alternativ wäre eine Fondslösung denkbar, in die jeder Pauschalreiseveranstalter proportional zu seinem Umsatz oder seinem Kundestamm einzahlt. Berücksichtigt werden sollten auf diese Weise auch die Interessen kleiner und mittlerer Unternehmen sowie deren Ausfallrisiken im Vergleich zu international agierenden Großkonzernen.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs die EntschlieÙung mit der Maßgabe gefasst, dass bei einer Fondslösung die Insolvenzsicherung proportional am Umsatz und nicht alternativ an der Kundenzahl auszurichten sei.

TOP 19 EntschlieÙung des Bundesrates zur Ausweitung der **Pfandpflicht auf alle Getränkedosen und Einweg-Kunststoffflaschen**

Hessen und Baden-Württemberg streben mit der EntschlieÙung eine Ausdehnung der Pfandpflicht auf alle Getränkeverpackungen aus Polyethylenterephthalat (PET) und Aluminium, unabhängig von den darin abgefüllten Getränkearten an. Durch diese Maßnahme sollen zugleich die Mehrwegverpackung gestärkt, Einweg-Verpackungen sowie Wegwerfprodukte reduziert sowie Wettbewerbsnachteile dadurch abgeschafft werden, dass es dann nicht mehr möglich wäre, durch Ausweichen auf andere Rezepturen eine pfandfreie Abgabe von vergleichbaren Getränken zu erreichen.

Der Bundesrat hat teilweise mit den Stimmen Hamburgs die EntschlieÙung mit verschiedenen Maßgaben beschlossen. Unter anderem seien den Verpackungen keine Additive mehr zu zugegeben, die die Recyclingfähigkeit behindern, um eine sortenreine Sortierung sicherzustellen. Außerdem wird die Bundesregierung gebeten, im Vorfeld einer Ausweitung der Pfandpflicht eine umfangreiche Kostenfolgeabschätzung durchzuführen und angemessene Übergangsfristen für den Handel vorzusehen. Durch die Ergreifung geeigneter Maßnahmen soll das Mehrweg-Leergutsystem und die Verwendung von Einheitsflaschen gefördert und steuerlich nicht benachteiligt werden.

C. Gesetzentwürfe der Bundesregierung

TOP 25 Entwurf eines Gesetzes zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze (**Kohleausstiegsgesetz**)

Ziel des nicht zustimmungspflichtigen Gesetzentwurfs ist es, die Verstromung von Kohle in Deutschland bis spätestens Ende des Jahres 2038 sukzessive auf null zu reduzieren und dadurch Emissionen einzusparen. Dies soll durch Ausschreibungen für die Stilllegung von Steinkohleanlagen und die schrittweise, stetige Minimierung der Verstromung von Braunkohle erreicht werden. Um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Stein- und Braunkohleanlagen sowie den Braunkohletagebauen zu schützen, werden Regelungen für ein Anpassungsgeld vorgelegt. Zudem soll die Kraft-Wärme-Kopplung weiterentwickelt und umfassend modernisiert und ihr Beitrag zur Energiewende langfristig gesichert und gestärkt werden. Weiterhin soll die Bundesnetzagentur ab dem Jahr 2021 das Monitoring der Versorgungssicherheit und den Bericht zum Monitoring der Versorgungssicherheit übernehmen. Darüber hinaus sind Anpassungen im deutschen Recht erforderlich, die aus Vorgaben des europäischen Rechts resultieren. Zum einen hat jeder Mitgliedstaat sicherzustellen, dass die Übertragungsnetzbetreiber die Mindestkapazität für den grenzüberschreitenden Stromhandel bereitstellen. Zum anderen haben die Mitgliedstaaten funktionierende und besser aufeinander abgestimmte Krisenmechanismen in der EU zu etablieren, um im Krisenfall das Risiko nachteiliger Ausstrahlungseffekte zu verringern.

Der Bundesrat hat teilweise mit den Stimmen Hamburgs eine umfangreiche Stellungnahme beschlossen. Darin betont er das Erfordernis, die Rahmenbedingungen für die Solarenergie deutlich zu verbessern. Weiter fordert er, den 52 GW-Deckel, wie angekündigt, abzuschaffen. Er sieht die Notwendigkeit, schnellstmöglich strompreissenkende Maßnahmen zu ergreifen, um u. a. die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Standortes nicht zu gefährden. Auch wird die zentrale Bedeutung der Geothermie als Substitution für mit Kohle oder anderen fossilen Energieträgern betriebene Wärmenetze betont. Ferner wird festgestellt, dass KWK und die Nah- und Fernwärmeinfrastrukturen wichtige Pfeiler für eine kosten- und energieeffiziente Energieversorgung sind und angemessene Rahmenbedingungen brauchen. Daher wird eine längere KWK-Förderung gefordert und die besondere Rolle der Industrie-KWK-Anlagen betont. Darüber hinaus soll eine zusätzliche Belastung von Stromverbrauchern im Zuge des Kohleausstiegs ausgeschlossen werden. Bei Erhöhung der Belastung sollte ein Ausgleich erfolgen. Weiterhin wird gefordert, dass die Stilllegung von Tagebauen und Kraftwerken sozialverträglich ausgestaltet werden soll; negative Effekte auf die Beschäftigung müssten abgefedert und den Betroffenen berufliche Perspektiven eröffnet werden. Bei der Prüfung einer möglichen Vorziehung des Abschlussdatums des Kohleausstiegs auf frühestens 2035 sollten die Länder beteiligt werden. Die Überprüfungsbestimmungen des Kohleausstiegsgesetzes sollten dahingehend ergänzt werden, dass die Bundesregierung auch Maßnahmen zur vorsorgenden Sicherung von Gips-Rohstoffen überprüft. Sichertgestellt werden sollte, dass auch all diejenigen Unternehmen von der Ausgleichszahlung profitieren, die nicht in hinreichendem Umfang von Bundeszuschüssen auf den Übertragungsnetzentgelten entlastet werden. Auch sollten die förderungsfähigen Unternehmen auf energieintensive, nicht nur stromkostenintensive erweitert werden. Das Anpassungsgeld sollte sämtlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Braunkohleindustrie und der Kohle-

verstromung gewährt werden. Für nicht Anpassungsgeld-fähige Arbeitnehmer werden zur Qualifizierung oder Umschulung Bundesförderprogramme gefordert. Ferner fordert der Bundesrat in Bezug auf das KWKG, dass der Kohleersatzbonus nicht nur auf KWK-Anlagen der öffentlichen Wärmeversorgung beschränkt bleiben soll. Zudem sollte das Fördervolumen für KWK-Anlagen um 500 Mio. Euro auf 2 Mrd. Euro angehoben werden. Zuletzt fordert der Bundesrat, dass das Privileg für Bürgerenergiegesellschaften, ohne bundesimmissionsschutzrechtliche Genehmigung an Ausschreibungen teilnehmen zu können, weiterhin ausgesetzt werden sollte sowie bessere rechtliche Rahmenbedingungen für beklagte Windenergieprojekte.

TOP 51 Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung

Mit dem nicht zustimmungspflichtigen Gesetzentwurf (sog. „Arbeit-von-morgen-Gesetz“) sollen zentrale Förderinstrumente des Arbeitsmarktes weiterentwickelt werden, um dem strukturellen und konjunkturellen Wandel und dem dadurch entstehenden erheblichen Anpassungsbedarf Rechnung tragen zu können. Angesichts der Erkenntnis, dass in lebensbegleitendem Lernen und Weiterbildung der Schlüssel zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit im Strukturwandel liegt, sollen besonders die Möglichkeiten von Weiterbildung und Qualifizierung in besonderen Situationen weiter gestärkt werden. Zu den Maßnahmen gehören insbesondere Zuschüsse für die Anpassung der beruflichen Kompetenzen der Beschäftigten, der Ausbau der Qualifizierungsmöglichkeiten unabhängig von Alter und bisheriger Qualifikation, der Erlass einer bis Ende 2021 befristeten Verordnungsermächtigung für die Zugangsvoraussetzungen zum Kurzarbeitergeld längstens für 12 Monate sowie die Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen für Arbeitgeber.

*Die Regelungen zum Kurzarbeitergeld wurden inzwischen, wegen der Eilbedürftigkeit aufgrund der Corona-Krise, kurzfristig in einen eigenen Gesetzentwurf der Koalitions-Fraktionen übernommen, der noch am 13.3.2020 im Deutschen Bundestag in 1. sowie 2. und 3. Lesung beschlossen wurde, anschließend hat der Bundesrat abschließend über das Gesetz beschlossen **siehe hierzu TOP 53***

Der Bundesrat hat gegen den ursprünglichen Gesetzentwurf mit den Stimmen Hamburgs keine Einwendungen erhoben.

D. Vorlage aus dem europäischen Bereich

TOP 13 Entschließung des Bundesrates betreffend **EU-Bankenregulierung** zielgenau verbessern - mit Fokus auf kleine und mittlere Banken sowie zum Nutzen der Realwirtschaft

Der Entschließungsantrag der Länder Hessen und Baden-Württemberg zielt darauf ab, bei der Umsetzung von Basel III kleinere und mittlere Banken zu entlasten und dadurch die Bedingungen für die Realwirtschaft zu verbessern. Ein Tätigwerden sei notwendig, da kleinere und mittlere Banken die wichtigsten Finanzierungspartner für viele Unternehmen sind. Es handele sich dabei überwiegend um Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Die EU setze die Baseler Vorgaben grundsätzlich für alle Banken um, obwohl sie für Großbanken entwickelt worden sind. Daher sei darauf zu achten,

dass die Regulierung der Banken nicht dazu führt, dass die Realwirtschaft in Deutschland vor neue Finanzierungshürden gestellt wird.

Der Bundesrat hat die EntschlieÙung mit den Stimmen Hamburgs nach folgenden Maßgaben gefasst: Den im Zusammenhang mit der Mittelstandsfinanzierung neben Sparkassen und Genossenschaftsbanken explizit erwähnten kleinen und mittleren Banken soll für die Umsetzung der Finalisierung von Basel III ausreichend Zeit eingeräumt werden. Für mittlere Banken sollen Entlastungen beim Meldeaufwand geprüft sowie für bestimmte von Förderbanken gehaltene Forderungen das Risikogewicht pauschal auf 20 Prozent festgelegt werden.

Außerdem wird durch weitere Ergänzungen klargestellt, dass bei der Proportionalität in der Bankenregulierung nicht allein die Größe eines Instituts ausschlaggebend ist. Kleine und mittlere Banken sollen angemessen und risikoadäquat entlastet werden, ohne dabei die Finanzstabilität zu gefährden. Mit dem Verzicht auf den SREP-Prozess für kleine und solide Banken sei keine pauschale materielle Besserstellung gegenüber anderen Instituten beabsichtigt.

TOP 31

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: **Der europäische Grüne Deal**

Der europäische Grüne Deal umfasst einen Fahrplan mit Maßnahmen, um den effizienten Umgang mit Ressourcen zu fördern, indem zu einer sauberen und kreislaforientierten Wirtschaft übergegangen, der Klimawandel aufgehalten, gegen den Verlust an Biodiversität vorgegangen und die Schadstoffbelastung reduziert wird. Er zeigt auf, welche Investitionen erforderlich und welche Finanzinstrumente verfügbar sind und wie ein gerechter und inklusiver Übergang gewährleistet werden kann. Um das politische Ziel, 2050 der erste klimaneutrale Kontinent der Welt zu sein, gesetzlich zu verankern, wird die Kommission innerhalb von 100 Tagen das erste „europäische Klimagesetz“ vorlegen. Um unsere Klima- und Umweltziele zu erreichen, wird die Kommission ferner die Biodiversitätsstrategie bis 2030, die neue Industriestrategie und den neuen Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft, die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ für nachhaltige Lebensmittel und Vorschläge für ein schadstofffreies Europa vorlegen. Außerdem sollen Europas Emissionsziele für 2030 angehoben werden. Der europäische grüne Deal adressiert dabei an alle Sektoren der Wirtschaft, insbesondere den Energiesektor, die Landwirtschaft und Industrien für Stahl, Zement, Chemikalien und Textilien. Auch die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sollen in den Prozess miteingebunden werden. Ein entsprechendes Format zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger soll im März 2020 gestartet werden.

Der Bundesrat hat teilweise mit den Stimmen Hamburgs zu der Mitteilung eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben, mit der die anspruchsvollen Ziele beim Klimaschutz unterstützt werden und insbesondere auch auf die aktivierende Wirkung von Anreizen gesetzt wird. Umwelt- und Klimaschutz sei Antrieb für Innovation, ein umfassender europäischer Ansatz werde weitreichende Ausstrahlung in wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht haben. Besondere soziale Härten infolge der Umgestaltung müssten berücksichtigt und abgefedert werden. Auch wird auf ein abgestimmtes Vorgehen der Mitgliedstaaten verwiesen, um eine hohe Wirksamkeit der Maßnahmen gegen den Klimawandel zu erreichen und dafür die Spielräume des MFR 2021-

2027 zu nutzen. Darüber hinaus müssten hohe Investitionen zum Teil auch aus dem privaten Sektor kommen, hierfür müssten die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Eine enge Abstimmung mit den europäischen Regionen sei entscheidend für das Gelingen des Green Deal.

TOP 32a Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des **Fonds für einen gerechten Übergang**

Im Rahmen des European Green Deal wurde ein Mechanismus für einen gerechten Übergang vorgeschlagen, der neben speziellen Regelungen im Rahmen von InvestEU sowie einer Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor auch einen neuen Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fonds JTF) umfasst. Der Fonds ist ab dem 1.1.2021 vorgesehen für Finanzhilfen in Regionen und Sektoren, die aufgrund ihrer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen (v.a. durch den Abbau und die Weiterverarbeitung von Kohle, Torf und Ölschiefer) oder treibhausgasintensiven industriellen Prozessen am stärksten von dem Übergang betroffen sind. Er legt den Schwerpunkt auf wirtschaftliche Diversifizierung sowie auf die Umschulung und aktiven Eingliederung der betroffenen Beschäftigten. Die Unterstützung für die Stilllegung oder den Bau von Kernkraftwerken sowie Investitionen im Zusammenhang mit der Produktion, Verarbeitung, Verteilung, Speicherung oder Verbrennung fossiler Brennstoffe sind ausdrücklich ausgenommen. Im nächsten MFR sollen demnach für den JTF 7,5 Mrd. Euro (zu Preisen von 2018) im Zeitraum 2021 bis 2027 an Mittel vorgesehen werden mit der Möglichkeit, diesen Betrag zu einem späteren Zeitpunkt aufzustocken. Kein Mitgliedsstaat soll mehr als 2 Mrd. Euro daraus erhalten. Die Mitgliedstaaten erarbeiten gemeinsam mit der Kommission territoriale Pläne, in denen die für eine Unterstützung infrage kommenden, am stärksten betroffenen Gebiete ermittelt und die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen sowie der Bedarf an wirtschaftlicher Diversifizierung, Umschulung und Umweltsanierung dargelegt wird. Die Mittel des JTF werden entsprechend dieser Pläne vergeben.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs eine umfangreiche Stellungnahme beschlossen. In dieser begrüßt er die Zielsetzung, verstärkt die Gebiete zu unterstützen, die am stärksten von den wirtschaftlichen und sozialen Begleiterscheinungen betroffen sind. Der Strukturwandel in den deutschen Kohleregionen sei infolge der klimapolitischen Vereinbarungen von Paris 2015 ein zentraler Pfeiler beim Umbau des Energiesystems auf dem Weg in ein postfossiles Zeitalter. Die Bundesregierung wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass ostdeutsche Braunkohlereviere und Rheinisches Revier förderfähig sind. Die Mittel des Just Transition Fonds (JTF) sollen nicht aus dem Budget des Strukturfonds gespeist werden. Die Finanzierung des JTF dürfe nicht zu Lasten anderer bewährter Instrumente der EU-Förderung gehen. Da sowohl die Verhandlungen über den MFR als auch die Vorbereitung der Operationellen Programme relativ weit fortgeschritten sei, müssten die Verhandlungen zum JTF mit hoher Priorität geführt werden.